



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Keine symbolischen und teuren Namensänderungen - LBV muss LBV bleiben“ (Drucksache 20/792)

Den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV.SH) zukunftsfest aufstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Der LBV.SH ist für die Instandhaltung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein unerlässlich. Die Anforderungen an den LBV.SH haben sich trotz jahrelangen Personalabbaus kontinuierlich weiterentwickelt. Der Stellenwert des Radverkehrs ist zum Beispiel erheblich größer als noch vor einigen Jahren und erfordert einen zielgenauen Einsatz personeller und finanzieller Ressourcen. Auch Anforderungen wie nachhaltiges Bauen, die Verwendung recycelter Materialien, der Einsatz digitaler Instrumente und Prozesse, innovative Baustellenkoordinierung oder die Notwendigkeit gelungener, frühzeitiger und umfassender Kommunikation bei Bauvorhaben haben zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Der Landtag begrüßt es daher, dass die Landesregierung sich gemeinsam mit dem LBV.SH diesen neuen Anforderungen mit einer Aufgabenkritik stellt und bittet die Landesregierung, diese dadurch gewonnenen Erkenntnisse als Grundlage für einen Struktur- und Strategieprozess zu nutzen, um Aufgaben und Personaleinsatz des LBV.SH entsprechend der veränderten Anforderungen an Mobilität weiterzuentwickeln. Hierzu gehört auch ein stärkerer Fokus auf den Radverkehr. Der Landtag bittet die Landesregierung, hierbei die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebs sowie die Kommunen in der Rolle als weiterer Auftraggeber an den LBV.SH zu beteiligen, um weitere mögliche Schwerpunkte des Strategie- und Strukturprozesses zu identifizieren. Am Ende dieses Prozesses ist zu entscheiden, ob eine Umbenennung des LBV.SH angesichts der veränderten Anforderungen als eine sinnvolle Maßnahme erscheint.

Lukas Kilian
und Fraktion

Nelly Waldeck
und Fraktion